



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

13/2013 29.03.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 77/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über die Leistungsverrechnung für den IT-Betrieb des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes (**LVRW-V**)

[BGBl II 78/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Luftverkehrsbetreiberzeugnis-Verordnung 2008** geändert wird

[BGBl II 79/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Finanzen zur Definition und Berechnung des strukturellen Haushaltssaldos, Führung des Kontrollkontos sowie zur Festlegung der Rechtsträger gemäß § 2 Abs. 4 Z 2 BHG 2013 (**Schuldenbremsenverordnung**)

[BGBl II 81/2013 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend betreffend das **Verzeichnis der harmonisierten Normen für die Sicherheit von Persönlichen Schutzausrüstungen**

[BGBl II 86/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die eindeutige Kennzeichnung von Schieß- und Sprengmitteln (**Sprengmittelkennzeichnungsverordnung** – SprKennzV)

[BGBl II 87/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über das **Doktoratsstudium für Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschul-Masterstudiengängen**

[BGBl II 88/2013](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 geändert wird (**GMMO-VO Novelle 2013**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 82 v 22.03.2013, 1](#)

Beschluss Nr 258/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 zur Änderung der Entscheidungen Nr 573/2007/EG und Nr 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Entscheidung 2007/435/EG des Rates im Hinblick auf die **Anhebung des Kofinanzierungssatzes** des Europäischen Flüchtlingsfonds, des **Europäischen Rückkehrfonds** und des Europäischen Fonds für die Integration von **Drittstaatsangehörigen** in Bezug auf bestimmte Vorschriften zur **finanziellen Abwicklung** für bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden **Schwierigkeiten** betroffene oder bedrohte Mitgliedstaaten

[ABI L 82 v 22.03.2013, 6](#)

Beschluss Nr 259/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2013 zur Änderung der Entscheidung Nr 574/2007/EG im Hinblick auf die **Anhebung des Kofinanzierungssatzes** des Außengrenzenfonds für bestimmte, hinsichtlich ihrer **Finanzstabilität** von gravierenden Schwierigkeiten betroffene oder **bedrohte Mitgliedstaaten**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

21.02.2013, [G 124/12](#)

ORF-G; Individualantrag auf Aufhebung einer Regelung des ORF-G betreffend das **Verbot der Kommunikation mit sozialen Netzwerken** unzulässig mangels unmittelbaren Eingriffs in die Rechtssphäre des Antragstellers

22.02.2013, [U 999/12](#)

AsylG; **AsylGHG**; Entzug des gesetzlichen Richters durch Abweisung des Antrags einer Asylwerberin auf internationalen Schutz in nichtöffentlicher Sitzung wegen **unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes; **zuständigkeitsbegründende Wirkung** der Behauptung eines **Eingriffs in die sexuelle Selbstbestimmung**; inhaltliche Entscheidung über das Unterbleiben einer mündlichen Verhandlung durch ein mit Richtern desselben Geschlechts besetztes Organ zu treffen

22.02.2013, [U 1957/12](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch eine Entscheidung des Asylgerichtshofes im Beisein eines männlichen Richters als Beisitzer trotz Berufung der Beschwerdeführerin auf die sexuelle Selbstbestimmung; Verstoß gegen den **Grundsatz der festen Geschäftsverteilung**

26.02.2013, [B 484/12](#) (Prüfungsbeschluss)

ORF-G; Einleitung eines Verfahrens zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit eines im ORF-G normierten **Verbots** der Bereitstellung **von sozialen Netzwerken** sowie von Verlinkungen und Kooperationen mit diesen; Bedenken, dass diese Regelung gegen das **verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf Meinungsäußerungs- und Rundfunkfreiheit** verstößt

01.03.2013, [WI 14/12](#); [WI 16/12](#)

WirtschaftskammerG; Stattgabe der **Wahlanfechtung** und Aufhebung der Urwahl in einen Fachgruppenausschuss der Wirtschaftskammer Wien infolge **rechtswidriger Streichung eines Bewerbers** vom Wahlvorschlag der Anfechtungswerberin wegen Doppelkandidatur; Durchführung des für den Fall von Mehrfachkandidaturen **vorgesehenen Verfahrens nicht nachvollziehbar** bzw nicht überprüfbar

01.03.2013, [WI 5/12](#)

13.03.2013, [WI 6/12](#); [WI 9/12](#); [WI 11/12](#); [WI 15/12](#); [WI 17/12](#); [WI 23/12](#);

[WI 24/12](#); [WI 28/12](#); [WI 29/12](#); [WI 30/12](#); [WI 35/12](#)

WirtschaftskammerG; Stattgabe der **Wahlanfechtung** und Aufhebung der Urwahl in einen Fachgruppenausschuss der Wirtschaftskammer Wien infolge **rechtswidriger Streichung einer Bewerberin** vom Wahlvorschlag der Anfechtungswerberin wegen Doppelkandidatur ohne Durchführung des für den Fall von Mehrfachkandidaturen vorgesehenen Verfahrens

01.03.2013, [WI 25/12](#)

WirtschaftskammerG; keine Stattgabe der **Anfechtung der Urwahl in einen Fachgruppenausschuss** der Wirtschaftskammer Wien; **Streichung eines Bewerbers** vom Wahlvorschlag der Anfechtungswerberin nach Durchführung des für den Fall von Mehrfachkandidaturen vorgesehenen Verfahrens zu Recht erfolgt

01.03.2013, [WI 4/12](#)

13.03.2013, [WI 8/12](#); [WI 33/12](#); [WI 38/12](#)

WirtschaftskammerG; keine Stattgabe der **Anfechtung der Urwahl in einen Fachgruppenausschuss** der Wirtschaftskammer Wien im Hinblick auf die **Nichtveröffentlichung des Wahlvorschlages** der Anfechtungswerberin wegen **fehlender Unterstützungserklärungen**; im Übrigen Zurückweisung der Wahlanfechtung

12.03.2013, [U 1674/12](#)

AsylG; **Entzug des gesetzlichen Richters** durch Abweisung des Antrags eines afghanischen Asylwerbers auf internationalen Schutz und Ausweisung wegen **unrichtiger Zusammensetzung des Spruchkörpers** des Asylgerichtshofes im Hinblick auf den geltend gemachten Fluchtgrund eines drohenden sexuellen Missbrauchs

13.03.2013, [U 1175/12 ua](#)

AsylG; **EU-Grundrechte-Charta**; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** und im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** nach der Grundrechte-Charta durch Abweisung der Asylanträge und Ausweisung einer Familie nach Usbekistan; Sachverhalt nicht hinreichend geklärt

15.03.2013, [V 89/12](#) (Anlassfall [B 17/12](#))

StudienförderungsG; **VO des BMWF über die nach dem Studienförderungsgesetz 1992 dem Studienort gleichzusetzenden Gemeinden**; Gesetzwidrigkeit einer Bestimmung der Verordnung über die nach dem Studienförderungsgesetz 1992 dem Studienort gleichzusetzenden Gemeinden betreffend den Studienort Hagenberg wegen **Beurteilung der verkehrsgünstigen Lage** allein an Hand der Verhältnisse im **motorisierten Individualverkehr**

B. Verwaltungsgerichtshof

27.02.2013, [2010/05/0034](#)

NÖ BauO; **VermessungsG**; Nachbar erachtet sich wegen Erteilung einer Baubewilligung ohne gesicherter Grenzen in seinen subjektiven Rechten verletzt; die **relevante Grenze** des Baugrundstückes zum Grundstück des Bf ist **im Grenzkataster** enthalten; **keine Diskrepanz** zwischen **Grenzkataster und Grundbuch** im Hinblick auf das Baugrundstück; der angelegte Grenzkataster ist ua zum verbindlichen Nachweis der Grenzen der Grundstücke bestimmt, der Verlauf der Grenze zwischen dem Baugrundstück und dem Grundstück des Bf ist demnach festgestanden; erst durch die Eintragung von Grundstücken in den Grenzkataster wird die „Papiergrenze“ verbindlich

27.02.2013, [2010/05/0108](#)

BauO für Wien; Versagung der Baubewilligung wegen **Nichtfreihaltung der gärtnerisch auszugestaltenden Fläche**; subjektiv-öffentliches Recht der Nachbarn an der flächenmäßigen Ausnützbarkeit darin begründet, dass dort, wo außerhalb des bebaubaren Bereiches gärtnerische Ausgestaltung angeordnet ist, eine solche zu erfolgen hat; der gegenständli-

che Bauteil ist Bauteil des Hauptgebäudes und gleicht keinen der gem § 79 Abs 6 BauO für Wien zulässigen Bauten wie befestigte Wege und Zufahrten, Stützmauern, Stufenanlagen, Rampen

27.02.2013, [2010/05/0203](#)

Oö BauO; div **Einwendungen der Nachbarn** im Baubewilligungsverfahren; **Eingriff in Servitutsrechte** ist keine öffentlich-rechtliche Einwendung; Verlust der Parteistellung; die weiteren Beschwerdevorbringen erfolgten nicht rechtzeitig

27.02.2013, [2010/05/0208](#)

BauO für Wien; **AVG**; **Rückübereignungsantrag des Bf** nach vorausgegangener Enteignung; mangels einfachgesetzlicher Regelung der Rückübereignung gebietet der **unmittelbar anwendbare Art 5 StGG** die rückwirkende Beseitigung des Enteignungsbescheides; dass der Bf sich dabei auch auf § 68 Abs 2 AVG gestützt hat, kann ihm nicht mit Erfolg entgegen gehalten werden; allein aus diesem Gesichtspunkt zurückzuweisen war verfehlt; die Behörde erster Instanz wäre vielmehr verpflichtet gewesen, sich inhaltlich mit dem Rückübereignungsbegehren auseinanderzusetzen

27.02.2013, [2011/05/0001](#)

BauO für Wien; **Wr KleingartenG**; Antrag auf **Erteilung einer Sonderbaubewilligung**; die belangte Behörde hätte sich in der Sache mit dem Vorbringen des Bf auseinandersetzen und gegebenenfalls den erstinstanzlichen Bescheid aufheben müssen; damit, dass die erstinstanzliche Entscheidung nicht eine solche des Bauausschusses gewesen ist, und mit dieser Begründung die Berufung abwies, verkannte sie die Rechtslage

27.02.2013, [2011/05/0095](#)

BauO für Wien; div **Einwendungen der Nachbarn** im Baubewilligungsverfahren; die Frage, welche Geschoße ein Aufzug anfährt, berührt kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht; bei der **Berechnung der Gebäudehöhe** ist von der Höhe des anschließenden Geländes auszugehen; gegenständlicher Teil der Kelleraußenwand ist Teil des Hauptgebäudes und kein iSd § 79 Abs 6 BauO für Wien zulässiger Bauteil; Einwand der **res iudicata** ist nur insoweit zulässig, als der Nachbar sonst in einem subjektiv-öffentlichen Recht verletzt würde; Bestimmungen über das **örtliche Stadtbild** begründen keine Nachbarrechte

28.02.2013, [2008/07/0206](#)

AbfallwirtschaftsG; **VerpackungsVO**; Nichtstattgabe des Verlängerungsantrages; das **Erfordernis eines ausreichenden Tätigkeitsbereiches** kann durch direkte Abholung bei den Anfallstellen, durch die Einrichtung von Sammelstellen mit ausreichender Übernahmekapazität oder durch eine Kombination erfüllt werden; da es der Bf nicht gelungen ist, den **Nachweis des ausreichenden räumlichen und sachlichen Tätigkeitsbereiches** zur Erfüllung der Verpflichtungen ihres Systems zu erbringen, fehlt es an einer Voraussetzung für die Systemgenehmigung

28.02.2013, [2009/07/0108](#), [2009/07/0156](#), [2009/07/0157](#)

AltlastensanierungsG; **ÖkostromG**; die unter der Schlüsselnummer der **ÖNORM 2100** genannten **Abfälle** sind weder im Ökostromgesetz aF noch in der Anlage 1 zum Ökostromgesetz nF angeführt; der angestrebte **Lenkungseffekt** sollte nicht zu einer Befreiung vom Altlastenbeitrag hinsichtlich jedes biogenen Anteils am Abfall führen; es bestehen keine Bedenken hinsichtlich einer **Gleichheitswidrigkeit**, da der Gesetzgeber einen relativ weiten rechtspolitischen Gestaltungsspielraum im Abgabenrecht hat; Lösung nicht unionsrechtswidrig, ErwGr 8 der ÖkostromRL nicht iSe bedingungslosen Förderung der Verbrennung von nicht getrenntem Siedlungsmüll anzusehen

28.02.2013, [2010/07/0012](#)

WasserrechtsG; Auftrag zur Entfernung einer Stahlbetonmauer; ein Auftrag zur Beseitigung einer eigenmächtig errichteten Neuerung erfordert **öffentliches Interesse**; dabei ist nicht jede Beeinträchtigung des **Hochwasserabflusses** von vornherein geeignet, einen wasserpolizeilichen Auftrag zu tragen, sondern nur eine erhebliche

28.02.2013, [2010/07/0023](#)

WasserrechtsG; im **Kollaudierungsverfahren** können **Zwangsrechte** zur Durchführung des bewilligten Projektes im Nachhinein nicht mehr eingeräumt werden; aus der Funktion des Überprüfungsverfahrens geht hervor, dass die Behörde einen inhaltlich der jeweiligen Situation entsprechenden Bescheid zu erlassen hat; wird das Überprüfungsverfahren mit einem Zwangsrechtsbescheid beendet ist dies unzulässig

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

26.03.2013, Beschwerde Nr. [21794/08](#), *Zorica Jovanović / Serbien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Bf wurde im Krankenhaus vom **Tod** ihres **Neugeborenen** informiert, jegliche weitere **Information** diesbezüglich wurde jedoch **verweigert**; mehrere ähnlich gelagerte Fälle; **keine ausreichende Untersuchung** bzw **Entschädigung** seitens der Behörden

28.03.2013, Beschwerde Nr. [2964/12](#), *I.K. / Österreich*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung); **Abweisung des Asylantrags** eines tschetschenischen Flüchtlings ungerechtfertigt; **Gefahr der Verfolgung und Misshandlung** wäre im Heimatland für Bf genauso gegeben wie für seine Mutter, deren Asylantrag positiv erledigt worden war

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.